

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 30.- Mk. Durch Austräger 75.- Mk. pro Woche. Durch die Post 800.- Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5-6 Uhr nachmittags. Postfach-Nr. 31059. Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837.

Mittwoch, 10. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 20.- Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5.- Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.- Mark. - Reklame: Die Millimeterzeile 8 gespalteten oder deren Raum im Wert 75.- Mark.

Die internationale Konferenz in Essen.

Kampf des revolutionären Proletariats aller Länder gegen den Verfallener Vertrag.

Am 6. Januar traten in Essen die Vertreter der kommunistischen Parteien Frankreichs (darunter Cachin und Monmousseau von der CGT), Englands (darunter der neugewählte Abgeordnete Newbold), Belgiens, Italiens, der Tschechoslowakei, Hollands und Deutschlands zusammen...

Monmousseau überbrachte 11000 Francs für die Ludwigshafener Demagregelten.

Als Vorsitzende werden gewählt: Clara Zetkin und Meyer (Deutschland) und Marcel Cachin (Frankreich).

Als erster Redner ergriff Cachin das Wort. Er rechnete bestimmt mit der Belegung des Ruhrgebietes. Für Poinecarre ist das eine Frage von Sein oder Nichtsein. Er ist das feine „Boc national“ schuldig. Die französischen Arbeiter haben den härtesten Kampf gegen dieses neueste Abenteuer des französischen Imperialismus eingeleitet.

Monmousseau (CGT) führt aus: Diese Zusammenkunft hat nichts gemein mit jener berühmten Konferenz in Brüssel vom Jahre 1914...

Brandler berichtet über die Lage der deutschen Partei. Diese sei bedauernd ersparlich. Ihr Einfluss reicht weit über den Rahmen der Partei hinaus. Dennoch dürfen wir unsere Kräfte nicht überschätzen. Was wir aber auf dieser Konferenz auf uns nehmen werden, das werden wir auch ausführen.

Salheimer gibt einen Überblick über die internationale Lage. Man kann mit verschiedenen Möglichkeiten rechnen. Vielleicht greifen noch im letzten Augenblick Amerika und England ein. Andererseits ist es aber auch möglich, daß die Pfandnahme ohne militärisches Aufgebot erfolgt.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

Ker (Frankreich) berichtet, daß die Lage der französischen Industrie verhältnismäßig gut sei. Dagegen stehen die Staatsschulden sehr schlecht. Diese Tatsache muß die Regierung zu einer nationalpolitischen Heise aus. Sie schiebt die Schuld dafür auf Deutschland und macht Propaganda für ein kriegerisches Vorgehen.

Salhafer (England) tritt für die schärfste Aktion gegen die Belegung des Ruhrgebietes ein.

weil, daß schließlich doch die Werttätigen mit ihrem Gut und Blut dafür aufkommen müssen. Die Belegung des Ruhrgebietes würde unter dem französischen Proletariat einen gewaltigen Sturm auslösen.

Schluss der Sitzung 11 Uhr abends.

Essen, 7. Januar 23.

Nachmittags um 3 Uhr wurden die Beratungen der internationalen Konferenz fortgesetzt.

Kreich (Tschechoslowakei) führt aus, daß die tschechischen Sozialdemokraten von einer Revision des Verfallener Vertrages nichts hören wollen. Sie sind die treuesten Stützen der Politik Poinecarres-Benech. Die Tschechoslowakei wird gegenwärtig durch eine schwere ökonomische Krise erschüttert. Gegen die Regierungspolitik wenden sich nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch Beamte, Kleinbürger und Bauern. Außerdem wird die Regierung von der nichttschechischen Bourgeoisie bekämpft. Der Kampf der Kommunisten wird dadurch erleichtert, daß er als irredentistischer Kampf hingestellt wird. Deshalb muß ein Kampf international geführt werden, gemeinsam mit dem Proletariat Frankreichs, Englands und Italiens. In einer gemeinsamen internationalen Aktion gegen den Verfallener Raubvertrag wird die kommunistische Partei der Tschechoslowakei die in sie gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen.

Monmousseau regt an, daß im Manifest, das diese Konferenz herausgeben wird, Stellung genommen werden soll, nicht nur gegen die Folgen des Verfallener Friedens, was hin und wieder mit süß-säuren Mienen auch die Amsterdamer machen, sondern gegen diesen niederträchtigen Vertrag selbst, gegen das niederträchtige Prinzip dieses Vertrages. Diesen müssen wir, so wie er ist, wie er von den Amsterdamer und den Führern der 2. Internationale seinerzeit unterzeichnet wurde, in Grund und Boden verdammen.

Brandler führt aus: Souhaur und Leibart sind nur in Worten gegen den Verfallener Vertrag. Es hat sich das sehr klar aus der in Berlin abgehaltenen Neuner-Konferenz im April vorigen Jahres gezeigt. Dort lehnten die deutschen Sozialdemokraten gemeinsam mit Herrn Wandervelde den Kampf gegen den Verfallener Vertrag, zu dem sie von der kommunistischen Internationale aufgefordert wurden, sehr entschieden ab. Der Verfallener Friedensvertrag muß beseitigt werden, und Bourgeoisie, dann wird an seiner Stelle ein neuer Vertrag entworfen. Nur die internationale Aktion des Proletariats kann den Verfallener Vertrag endgültig beseitigen.

Hierauf wird ein längerer Aufruf an die werktätige Bevölkerung der Entente-Staaten und der besetzten Länder einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die Grundgedanken dieses Aufrufs in Frankreich und in Deutschland plakatieren zu lassen.

Zu der Frage der organisatorischen Verbindungen wird beschlossen: Es wird einseitiggliedriges ständiges internationales Aktionskomitee eingesetzt, in dem vertreten sind die kommunistische Partei Frankreichs, und die CGT, die kommunistischen Parteien Deutschlands, Englands, der Tschechoslowakei, Belgiens und Polens. Zu dem Komitee werden noch hinzugezogen die Vertreter der kommunistischen Internationale, der Roten Gewerkschaftsinternationale, und der Jugendinternationale. Außerdem werden eingesetzt besondere Aktionskomitees der deutschen und französischen Eisenbahner, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter.

Hierauf werden die Beratungen geschlossen.

Holland, ein italienischer Genosse und Clara Zetkin. Die Ausführungen der Redner, die sich alle scharf gegen die Ruhrbesetzung wandten, wurden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen.

Berlin, 8. Januar.

Die internationale Massenkundgebung der Kommunisten in Berlin brachte ungeheure Massen nach dem Saalbau Friedrichshagen. Dort sprach Genosse Frölich. Dann sprachen französische, englische und italienische Vertreter, die unter ungeheurem Beifall ihre Ausführungen machten. Der Fröliche sagte: Die Essener Konferenz ist ein Beweis der Entschlossenheit der Arbeiterklasse, einen neuen 4. August sich nicht wiederholen zu lassen.

Im Laufe der Woche finden im Rheinland noch eine Reihe internationaler Kundgebungen statt, so u. a. auch in Köln.

Verbot der internationalen Kundgebungen gegen die Ruhrbesetzung.

Die angekündigten Massenkundgebungen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, in denen französische, englische und belgische Vertreter sprechen sollten, wurden in Düsseldorf und in Mönchengladbach von den französischen Besatzungsbehörden verboten.

Die schlesischen Junker greifen an

Was werden die Landarbeiter tun?

Von Humus, Breslau.

Bei dem Generalangriff der deutschen Ausbeuter auf die Lebensrechte des deutschen Proletariats wollen die Junker nicht zurückstehen. In Schlesien, wo es bisher zu größeren Kämpfen der Landarbeiter, dank des zurückweichens der Bürokraten des DDB, noch nicht gekommen ist, wollen die Großagrarier ein Exempel statuieren. Die Kaiserling und Richtigosen, die vor einem Jahr noch die Volksgemeinschaft vom Baron bis zum Landarbeiter predigten, um Deutschland durch „das Hilfswerk der Landwirtschaft“ zu retten, zeigen jetzt ihr wilsliches Gesicht. Die Schmidt, Langner, Gröhner und Genossen, die Führer des DDB im Reich und in Schlesien haben durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Junkern das wahre Gesicht dieser Volksausbeuter verschleiert. Die Junker brauchen den Schleiher und seine Hüter nicht mehr.

Durch alle DDB-Zeit und durch den „Landboten“ hat man den Landarbeitern erklärt: „Ja, der Tarif, das ist die Hauptsache, jaht Beiträge, wenn ihr gute Tarife haben wollt!“

Wie ein Frühjahrssturm das Eis zerbricht, so zerbricht unter den wuchtigen Schlägen der Kapitalisten die „schöne Illusion“ von dem allein selig machenden Tarif der DDB-Bürokraten.

Jetzt stehen sie da wie die Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind. Um die Aufrechterhaltung der Illusion wollen sie „kämpfen“. Wie das aussieht, das zeigt der „Landbote“ in seiner Nr. 1 vom 7. Januar 1923. Nachdem man den Landarbeitern gesagt, daß jetzt ein tarifloser Zustand besteht, daß die Junker den Landarbeitern einen Tarif aufzoktronieren wollen, schreibt der „Landbote“:

„Soll nun ein neuer Lohnzettel zustande kommen, so muß eine starke Landarbeiterorganisation vorhanden sein... Resolte Zahlung der Verbandsbeiträge muß die Parole sein, damit zu gelegener Zeit ein wirklich brauchbarer Lohnzettel geschaffen werden kann.“

Nun, Landarbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt es jetzt in der Hand, Euer Schicksal zu Euren Gunsten zu entscheiden. Jetzt befolgt den Rat Eurer Verbandsvertreter, der Euch im Vorstehenden erteilt ist, dann steht zu hoffen, daß der tariflose Zustand bald wieder überwunden wird.“

Also, ein Tarif, das ist die Hauptsache für die Schmidt, Gröhner, Langner, Bienst, Marschall usw. Aber wie er aussieht, ist für sie die letzte Sorge. Darum schauen wir uns einmal das Kampfabjekt der Junker an: Sie wollen die Landarbeiter zu folgendem zwingen, und zwar wörtlich nach dem „Landboten“:

„Verlängerung des Arbeitszeit im Sommer während 4 Monate auf 10 1/2 Stunden pro Tag. Die absolute Verpflichtung der Frau zu viertägiger Arbeit.“

Der Wegfall des Lohnes und Deputates bei Krankheit. Ferner sollen die sogenannten Ueberdeputate, Zulagen für Handwerker, Düngrestreuen usw. verschwinden. Bei „unentschuldigtem Fernbleiben“ von der Arbeit wollen die Junker den Wert des Deputats zum Marktpreis vom Lohn abziehen. — Was in einem solchen Fall den Arbeitern übrig bleiben würde, bei dem „hohen“ Lohn der Landarbeiter, ist doch klar.

Und bei dieser frechen Provokation der Junker reden die Führer des DDB mit keinem Wort vom Streik, vom unerhittlichen Kampf um das unumgänglich notwendige Recht der Landarbeiter.

Georg Schmidt rühmte sich im Jahresbericht des DDB 1919:

„Wir sind es gewesen, die zu den Unternehmerorganisationen gingen, um das unglückliche Deutschland zu retten!“ So sein Hymnus auf die Arbeitsgemeinschaften. — Den Junkern wurden die Profite gerettet, während die Landarbeiter hungerten.

Gewaltige Massenkundgebungen in Gelsenkirchen, Essen, Duisburg und Berlin.

Essen, 7. Januar 1923.

Heute, Sonntag vormittag, fanden in Gelsenkirchen und Duisburg gewaltige Massenkundgebungen statt. An diesen Kundgebungen nahmen Arbeiter aller proletarischen Parteien und Richtungen teil. Es sprachen französische, belgische, englische, italienische, tschechische, deutsche und holländische Kommunisten und Gewerkschaftsführer. Ihre Reden wurden mit freudigem Beifall aufgenommen. Die Begeisterung der Versammlungsteilnehmer war unbegreiflich. Überall herrschte Kampfstimmung.

Am 8 Uhr abends fand im größten Saale Essens, im Saalbau, eine gewaltige Massenkundgebung statt. Die Türen des Saales mußten bereits um 7 Uhr geschlossen werden, da der Saal um diese Zeit schon überfüllt war.

Es sprachen in der Versammlung Marcel Cachin und der Vorsitzende der CGT, Monmousseau aus Frankreich, Newbold von England, Kreichik von der Tschechoslowakei, Van Overstraeten von Belgien, de Gijcher von

Was können die Kontrollausschüsse tun?

1. Auf dem Lande.

B. D. Ein Kontrollausschuss, der nicht arbeitet, ist schlechter, als kein Kontrollausschuss. Das muß immer wieder betont werden, um auch den bescheidensten Anfängen von Vereinsmeierei oder Instanzengründungen entgegenzutreten. Aber ein Kontrollausschuss hat schon heute genug Arbeit. Das muß ebenfalls immer wieder betont werden. Denn viele Arbeiter, sogar kommunistische, bilden nur deshalb keine Kontrollausschüsse, weil sie sich nicht die Mühe geben, deren Aufgaben zu begreifen. Wir werden deshalb im Folgenden einige Anregungen über die Tätigkeit von Kontrollausschüssen geben, bemerken aber von vornherein, daß es sich weder um ein Schema handelt, noch um eine vollständige Aufzählung aller Möglichkeiten, sondern lediglich um einige Anregungen zu bringen, die vor allem von den Kommunisten diskutiert, ergänzt, verbessert, erweitert werden können und müssen.

Die Arbeit eines Kontrollausschusses in der Stadt ist wesentlich schwerer als die Arbeit auf dem Lande. Der Landarbeiter wie der Kleinbauer steht dem Erzeugnis seiner Produktion näher als der Industriearbeiter. Er sieht z. B. das Korn in den Scheunen und auf den Speichern, er kann genau beobachten, wieviel davon als Saatgut verwendet wird, wieviel zum Eigenbedarf nötig ist, was verkauft wird, wozu, zu welchem Preis es verkauft wird. Er sieht, wie das Feld bestellt wird, was nicht bestellt wird. Schon dieses eine einfache Beispiel zeigt, welches die Aufgaben eines Kontrollausschusses auf dem Lande sein müssen.

Da haben wir zunächst eine Reihe von Aufgaben, gegen deren Erledigung selbst der Sozialdemokrat, Herr Severing, nichts einwenden kann, trotzdem er auf die Kontrollausschüsse gewaltig schlecht zu sprechen ist. Wenn z. B. von allen Seiten über die Ernährungskatastrophe gellagt wird, so wird von den Klagen kein Mensch fast (mit Ausnahme der wucherischen Großaraber, die bei dieser Gelegenheit die Preise kriegen). Um der Ernährungskatastrophe beizukommen, muß man zunächst wissen, was eigentlich da ist.

Das kann ein ländlicher Kontrollausschuss für die in seinem Bereich liegenden Güter, Großanbauwirtschaften, Tomaten usw. sehr leicht erfahren. Wenn z. B. ein Vertriebsmann bei den Landarbeitern (der dem Kontrollausschuss angehört oder nicht) sich häufig notiert, wieviel auf der Drehschneide verarbeitet wird, und wenn er gleichmäßig feststellt, wieviel ungebrochenes Getreide in der Scheune lagert. Solche Feststellungen werden natürlich der Öffentlichkeit (durch Preis- und Versammlungen) bekanntgemacht werden. Genau das selbe kann mit den eingelagerten und in Meilen lazierenden Kartoffelvorräten geschehen.

Ebenso wichtig und ebenso einfach ist die Kontrolle der Milchwirtschaft. Jeder Stallbesitzer kann feststellen, wieviel Milch täglich produziert wird. Wieweil davon verwertet wird, wieweil zur Käseerei geht, ist schnell festgestellt. Hat man festgestellt, was für den Eigenbedarf verwendet wird und was und zu welchem Preis in die Stadt verkauft wird, so hat man eine Grundlage geschaffen zu vernünftiger Überwachung der Wirtschaft der Bauern auf dem Lande wie in der Stadt.

Somit es sich bisher um Nahrungsmittel, die ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden (dem Gegebenwerden), so ist es wichtig, auch festzustellen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen, was für den Eigenbedarf verwendet wird und was und zu welchem Preis in die Stadt verkauft wird, so hat man eine Grundlage geschaffen zu vernünftiger Überwachung der Wirtschaft der Bauern auf dem Lande wie in der Stadt.

Handelt es sich um Nahrungsmittel, die ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden (dem Gegebenwerden), so ist es wichtig, auch festzustellen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen, was für den Eigenbedarf verwendet wird und was und zu welchem Preis in die Stadt verkauft wird, so hat man eine Grundlage geschaffen zu vernünftiger Überwachung der Wirtschaft der Bauern auf dem Lande wie in der Stadt.

Die Arbeitermehrheit der Hamburger Bürgerschaft für Beilegung der Berggewaltigen.

Ein Beschluss von prinzipieller Bedeutung fakte am Freitag abend die Hamburger Bürgerschaft anlässlich der Erhöhung der Fahrpreise der Hafen- und Dampfschiffahrtsgesellschaft.

Bisher waren alle Kosten für die Erhaltung dieser Gesellschaft, die den Fährbetrieb an Hamburger Hafen in der Hand hat, auf die Schultern der Werft- und Hafenarbeiter in Form von Fahrpreiserhöhungen abgewälzt worden, jetzt hat sich der vor längerer Zeit eingesehene Ausbruch die immer wieder von der kommunistischen Fraktion der Bürgerschaft erhobene Forderung zu eigen gemacht und hat der Bürgerschaft beantragt, die Unternehmern der hiesigen Gebiete, deren Betriebe von den Arbeitern nur mit der Fähr zu erreichen sind, durch Umlagerungen nach der Stärke der Belegschaften zu den Kosten für den Betrieb der Hafen- und Dampfschiffahrt A.G. heranzuziehen. Der Antrag wurde von der Arbeitermehrheit der Bürgerschaft angenommen.

Sie Stabilisierung der Mark beginnt!

Der Dollar, der in Friedenszeiten 4,20 Mark kostete, wurde am Dienstag morgen (10 Uhr vorm.) mit 10500 Mark bezahlt, während er am Montag erst 9450 Mark kostete.

lichtheit bekannt zu geben, wie, trotz der Nahrungsmittelknappheit, Nahrungsmittel verkommen. Man stelle also fest, wieviel an Kartoffeln erfriert oder gar im Boden bleibt, weshalb das geschieht (ob aus Unfähigkeit des Besitzers oder aus böser Absicht); man stelle fest, was an Korn und Kartoffeln zu Schnaps, Branntwein, Spiritus verarbeitet wird, wieviel insbesondere auf den Gutshöfen selbst und auf diese nur für den Geldbeutel des Besitzers nützliche Art „flüssig“ gemacht wird.

Mit solchen Feststellungen begibt man sich bereits auf ein Gebiet, das über nützliche oder unnütze Verwendung von Produktionsmitteln entscheidet. In dieselbe Richtung der Tätigkeit gehört die Feststellung der Bodenfläche (Anzahl von Hektar), die der Besitzer mit Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rüben, Lupinen usw. anbauet. Hierher gehört auch eine vernünftige Entscheidung sowie die Feststellung von Anbauabotage: es ist solche Sabotage leicht festgestellt, wenn anbaufähiges Land brach bleibt, es liegt aber auch Sabotage vor, wenn ein Gutsherr nur deshalb Raps und nicht Roggen baut, weil Hochkonjunktur in Raps herrscht; es liegt ebenso Sabotage vor, wenn der Besitzer zu hitzigen Düng nimmt, bloß um seinen Kunstdünger zu laufen, weil er das Geld, das ihm „an sich“ zur Verfügung steht, lieber zur Börsenspekulation oder zum Ankauf von Industriaktien verwendet.

Aber damit kommen wir schon zu der Tätigkeit der Kontrollausschüsse, die Herr Severing unter keinen Umständen dulden möchte, und die trotzdem lebensnotwendig für die gesamte arbeitende Bevölkerung. Denn es ist klar, daß zur Lösung der zuletzt genannten Aufgabe die Gutsherrn etwa sich Einblick in die Geschäftsbücher verschaffen müssen, und sich nicht scheuen dürfen, die schmutzigen Geschäfts-„Geheimnisse“ der Herren Wucherer ans Tageslicht zu ziehen und aller Welt bekannt zu geben. Wenn aber dieser Schritt erst einmal getan ist und die Ausgaben für Reparaturen, Kunstdünger, Neuanstellungen und Löhne (diese werden immer miserabel sein), sowie die Einnahmen und die „Verwertung“ dieser Einnahmen bekannt sind, dann wird es keinen vernünftigen Menschen geben, der nicht sagen wird: es ist doch gut, daß endlich einmal Licht in diese finsternen Angelegenheiten gebracht worden ist.

Das oben Gesagte gilt im Wesentlichen für die Tätigkeit der Landarbeiter. Aber die Kleinbauern müssen die Landarbeiter nicht nur bei dieser Tätigkeit unterstützen, sondern sie müssen bei ihrer eigenen Wirtschaft ebenfalls Feststellungen machen etwa über die Erträge über die Bestimmung ihrer eigenen und der mittel- und großbäuerlichen Betriebe. Sie müssen, wo Anbauabotage festgestellt wird, Bestagnahmen des betreffenden Landes verlangen. Sie können Schritt für Schritt Hand in Hand mit den Landarbeitern gehen und müssen, ebenso wie diese, von allen Beobachtungen, die sie machen, den bestehenden Kontrollausschüssen und in wichtigen Fällen der Redaktion der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ bzw. dem Reichsausschuss der Betriebsräte Nachricht geben.

Wird dieser Zusammenhang hergestellt, so können die ländlichen und die städtischen Kontrollausschüsse leicht die Verchiebung von Lebensmitteln feststellen und verhindern. Bei guter Arbeit wird sogar ein unmittelbarer Austausch zwischen Erzeugern und Verbrauchern hergestellt werden können.

Alles das hat bereits der Reichsbetriebsratkongress gelehrt oder in seinen Beschlüssen angedeutet. Es handelt sich um Aufgaben, die sofort erfüllt werden können.

Damit ist zum erstenmal der Wille der in der Hamburger Bürgerschaft vorhandenen Arbeitermehrheit (Sozialdemokraten und Kommunisten) gegen die Interessen des Unternehmertums durchgesetzt worden. Die kommunistische Fraktion hatte immer wieder diesen Ausweg als den einzig möglichen aufgezeigt, die Hafen- und Werftarbeiten von den Lasten der ständig steigenden Fahrpreise zu befreien. Schließlich haben auch die Sozialdemokraten sich der Forderung der Kommunisten anschließen müssen.

Dieses Beispiel zeigt, daß überall dort, wo eine Arbeitermehrheit besteht, sie sich gegen die Vertreter des Unternehmertums durchsetzen vermag, wenn sie dazu wirklich gewillt ist.

Wer nicht zahlen kann, mag kerben.

In demselben Maße wie der Monarchismus in Bayern zur Eidechse emportrieb, kletterten die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders auch für Butter und Milch, hinauf. Die Hauptstadt der Orgele- und Zahnteilente, München, konnte sich sogar rühmen, den höchsten Preis für Milch erreicht zu haben. Die nationale Begeisterung der oberbayerischen Milchbauern und ihr zorniger Unwille gegen revolutionäres Treiben hat nun neuen Auftrieb bekommen, man denke, es wird Verbilligung der Milch gefordert. Mit dieser umstürzlerischen Bestrebung haben sich die Milchbauern beschäftigt. Und sie nahmen eine Resolution an. Sie lehnen darin eine Milchverbilligung ab: sie geben dazu eine wunderliche Begründung: der Preis für Milch könne einfach nicht so niedrig bleiben, damit den Minderbemittelten auch nur einigermaßen gedient sei.

Wer es nicht zum ausgehaltenen Orgelemann gebracht hat, wer nicht mit Saluta schießt, wer nicht dem edlen Handwerk der Wucherer fröhnen kann, der hat in der Eidechsenzeit Bayern kein Recht auf Extempore. Er mag Wasser laufen, Milch ist für das Säiebergelindel.

Jetzt können die Führer des D.V. zeigen, ob sie gewillt sind, einen Kampf zu führen. Die Landarbeiter müssen auf der Hut sein, sie müssen ihre Führer zwingen, Farbe zu bekennen, denn es geht um ihre eigene Sache.

Das Industrieproletariat aber muß sein Augenmerk auf die Landproleten richten, um sie in der Stunde der Gefahr mit allen Mitteln zu unterstützen. Unsere Massen haben Gelegenheit, in den Gewerkschaftskartellen diese Frage in den Vordergrund zu stellen, ist doch die Solidarität aller Schaffenden im Augenblick des Generalangriffs der Ausbeuterklasse das Gebot der Stunde.

Der Angriff der Junker auf die Rechte der Landarbeiter in Schlesien ist ein Schlag gegen die gesamte arbeitende Klasse.

Darum ihr Arbeiter in Stadt und Land, seid gewarnt! Bereitet den geschlossenen Widerstand des Proletariats gegen die Absichten der Kapitalisten und Junker vor.

Ganze Arbeit muß gemacht werden!

Der Antifische Preussische Pressedienst erfährt: Die politische Polizei erschließt in der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ lediglich eine Forderung der vom Minister des Innern am 15. November verkönnerten nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Sie leitet deshalb gegen alle Mitglieder der Großdeutschen Arbeiterpartei ein Strafverfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ein und verhindert alle ihre Veranstaltungen mit polizeilichen Mitteln.

Wenn dieses Verbot bereits ein Erfolg unseres Kampfes gegen die Faschisten ist, so ist dieser Erfolg nur ein kleiner. Denn die Faschisten werden trotz dieses Verbotes ihre konterrevolutionären Untertriebe fortsetzen. Die Arbeiter Schlesiens bzw. Oberschlesiens müssen sich ohne Unterschied der Organisation unter Kontrolle ihrer Führer bewaffnen und die konterrevolutionären Faschisten die Waffen abnehmen.

Und wieder steigen die Preise.

Von dem großen Sturz, der den Dollar von etwa 9000 auf 6000 hinabdrückte, hat er sich wieder bis auf 8100 bis 8500 hinaufgearbeitet. Er hat damit seinen Höchststand noch nicht wieder erreicht. Aber die Preise für Rohstoffe, die entscheidend sind für die gesamte Preisentwicklung, sind nun schon über den damaligen Höchststand hinaus erhöht worden. Als zu Beginn der Weihnachtswoche die Eisenpreise mit einer geringen Ermäßigung der Preise anwärteten, schrieben wir, das Kapital rechte augenblicklich für Kürze mit einem Dollarkurs von 7000. Das hat sich bewahrheitet. Und nun, fast am Tage, bevor der Dollar auf über 8000 Mark emporstreckt, legt der Eisenband die Preise erneut hinauf und zwar über den Satz hinaus, der damals festgelegt wurde mit der Begründung, daß der Dollarkurs 9000 betrage. Am 1. Dezember kostete ein Tonne Hamant 174 460 Mark, am 21. Dezember wurde der Preis auf 160 775 Mark ermäßigt; und nun ist er auf 181 200 hinaufgeritten worden. Für die Eisenbander 1. Ausgabe: Sie folgende: Gütern:

Dollarkurs	Preis per Tonne
Anfang Dezember 22	3700
21. Dezember 22	8500
1. Januar 23	8100

Sie zeigt sich wieder ganz ebendieser wie die Großindustrie mit ihrer diamantenen Preispolitik die Reichsmark entwertet. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter ganz systematisch senkt. Es wird die gesamte Produktion unwirtschaftlich ausgebaut, so werden die Staatsfinanzen zerstört und so wird der Mittelstand und so wird die Schicht der Späterproletariat, die so unvorstellbar waren, keine Chance zu schaffen, wie die nationalen Kräfte des Kaiserreichs.

Genau so wie die Diktatoren des Kapitalismus für die durchverarbeitende Industrie, so gehen auch die Diktatoren über den Kapitalismus für das Bürgerliche mit dem Preissteigerungen vor. Auch die Gemeindeführer haben die Preise erhöht, mit Wirkung ab 2. Januar. Der Reichsausschuss der Betriebsräte hat zu den Preissteigerungen die Zustimmung. Mit ganz geringen Schwankungen, ohne Rücksicht auf die enormen Härten Schwankungen des Dollarkurs, sind die Preise für Lebensmittel, besonders für Milch, stetig gehend, eine Zusammenfassung über die Preise für das norddeutsche Gebiet:

Preis für 1000 Kilogramm in Markt	
1914	350
1. Februar 22	6235
1. November 22	125724
1. November 22	225724
1. Dezember 22	345724
2. Januar 23	401724

In diesem Preise kommen noch Zuschläge für den Handel und Frachtkosten, die je nach Menge 10 bis 30 Prozent ausmachen.

Mit diesen Preissteigerungen ist ein neuer Kreislauf der Wertung aller Waren in Bewegung gesetzt. Unweigerlich werden alle Preise steigen. Inzwischen wollen die Unternehmern neue Annehmlichkeiten nicht zugeben. Eine weitere erhebliche Verschlechterung der Kaufkraft des Lohnes soll gemacht werden in eine Verlagerung der Arbeitslosen einzugewöhnen. Was nun die Gewerkschaften, um die neuen Gefahren abzuwehren?

Die deutsche Bourgeoisie rükt zum Bürgerkrieg.

Das deutsche Reichswehrministerium trägt Vorbereitungen zu einem Kriege. Aber Frankreich braucht nicht zu zittern. Nicht die alle Reichswehrliche Liebi auf, wenn auch Herr Reich im Stimmorgan rekrutiert. Parzellbauern schlägt. Das Reichswehrministerium rükt zum Kriege gegen das hungernde deutsche Proletariat. In demselben Augenblick, wo die Vertreter des Kapitals und der Regierung gemäßigtem Lohnforderungen der Arbeiter kategorisch ablehnen, gibt das Reichswehrministerium Aufträge für die Ausrüstung der Grenzen heraus. Wie die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin mitteilt, sind reiche Aufträge für die Fertigung von Gleichstromerzeugern vom Reichswehrministerium herausgegeben worden. In dem Zwecke und große Entlastung von Klein gemacht worden, die den Preis selbstständig parcell besetzen. Darauf kann man natürlich keine Rücksicht nehmen. Das Reichswehrministerium stapelt Kommissen auf, damit die Soldaten, die bei etwa ausbrechenden Hungerkrawallen auf die Arbeiter kämpfen müssen, selbst gut gefüttert werden können. Auch die römischen Soldaten jülicher die Handtücher, nicht z. z. die Gladiatoren. Gladiatoren sind auch die Reichswehrsoldaten mittlerweile zu der Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen, und sie haben schon festgestellt, daß sie vom Kapital, das sie selbst ausbeutet und tötet, sollen dazu bezahlt werden, die ge-

